

Kamener Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgebung verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Versicherung nach Maßgabe der künftigen Bedingungen. Erstmalig täglich. Monatlicher Beitrag 27 Pf., durch die Wochenspende 10 Pf. (falls wir in der Ausgabe der Zeitung nicht erschienen sind, hat der Beiträger seinen Anspruch auf Versicherung oder Rückzahlung des Beitrages).

Einmaliges Angebotsblatt für Kamen. Angebotspreis für den Mann der eintägigen Diamant- und Edelstein-Versteigerung 1.000 Pf. (Kamener Zeitung 7 Pf.). Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Versteigerungsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich: G. Schubert, Kamen.

Nr. 195

Montag, den 21. August 1922

50. Jahrgang.

Die Reparationsdelegierten in Berlin.

(TU) Die von der Reparationsdelegation abgeordneten Delegierten sind gestern in Berlin eingetroffen. Offiziell haben die Herren ihre Ankunft noch nicht bekannt gegeben. Von deutscher Seite haben die an den Reparationskommissionen beteiligten Ressorts eifrig die Besprechungen fortgesetzt, um für die Verhandlungen der nächsten Tage voll gerüstet zu sein.

Zur Entsendung Bradburys und Mauceres nach Berlin meldet die Times aus Paris, trotz der Haltung eines Teiles der französischen Presse, dass in Paris ein verständnisvoller Geist zu Tage, nicht nur bei dem französischen Teil der Reparationskommission, sondern auch im Quai d'Orsay. Es sei wohl zu verstehen, dass es gefährlich für Poincaré sein werde, den Anschein zu erwecken, als gebe er nach. Der Besuch Bradburys und Mauceres in Berlin erfolge in Übereinstimmung und auf ausdrücklichen Wunsch der deutschen Regierung, die in dieser Angelegenheit besorgt worden sei, sowie der französischen Regierung, die keinerlei Einwendungen erhoben habe. Es sei offenes Geheimnis, dass neue präzise Vorschläge über Garantien nicht nur seitens der britischen Regierung, sondern auch seitens der französischen Delegation erfolgt sind. Den internationalen Uebereinstimmungen in der französischen Presse betreffend die mögliche Beilegung des Ruhrgebietes innerhalb 48 Stunden sowie Pläne über Beschlagnahme der deutschen Bergwerke und staatlichen Wälder sei keine Bedeutung beigemessen. Daily Chronicle meldet aus Paris, die Reparationskommission habe bereits verschiedene Pläne entworfen, die als mögliche Lösung des augenblicklichen Wirtschaftskrisis angesehen werden. Diese Pläne würden mit dem Reichkanzler Dr. Brüning erörtert werden. Es würde auch für möglich, wenn nicht wahrscheinlich angesehen, dass die deutsche Regierung selbst den Vertretern der Reparationskommission einen annehmbaren Vorschlag unterbreite, der wenigstens für den Augenblick die Schwierigkeiten behebt bis zu der Konferenz, die im November stattfinden soll. — Westminster Gazette meldet aus Paris, es bestehe kein Zweifel darüber, dass die gewissen und unerlässlichen Informationen, die Bradbury und Mauceres in Berlin erhalten wollen, bedeuten, dass der deutsche Reichkanzler Gelegenheit erhalten wird, produktive Garantien anzubieten, im Gegensatz zu den unproduktiven Garantien Poincarés.

Eine neue Heerde Poincarés.

(TU) Poincaré hat gestern nachmittag, wie angekündigt, ein neues Kabinet mit sich eingeschleppt. Diesmal in Zbigniewski (Departement Meuse). Er hat seine Ansprache zwar nicht zu einer großen politischen Rede gestaltet, aber er hat alles getan, um die ganze Erörterung des Krieges wieder in der französischen Bevölkerung neu aufleben zu lassen. Er führte unter anderem aus: In Zbigniewski und leider auch in anderen Gemeinden gibt es zwei Kategorien von Kriegerfamilien: Getroffene, welche die Angehörigen trauern, welche auf dem Schlachtfeld gefallen sind, und solche, die trauern um Angehörige, welche beim Einmarsch des Feindes gefangen worden sind. Man muss mir vergeihen, die Aufregung dieser Kriegerfamilien wieder wachzurufen. Wir müssen uns jene Zeit aber hin und wieder vor Augen halten, um Lehren daraus zu ziehen. Nach Schilderung der Kämpfe um Zbigniewski erklärte Poincaré bezüglich des deutschen Einwandes, dass Einwohner zuerst auf deutsche Truppen geschossen hätten, die Vorgänge in Zbigniewski als gewöhnliche Komödie, die von den Feinden in Frankreich und Belgien gespielt worden sei. Hier aber sei die Frage ganz besonders erbärmlich, weil die Identität des deutschen Soldaten, der das Feuer eröffnet hat, leicht festgestellt werden können. Ihr, die Ihr hier versammelt seid, so fuhr der Ministerpräsident fort, und Zeugen dieser trübsamen Taten wartet, die Ihr diese Verdröpfung der Wahrheit gehört habt, die Ihr unter den Gefangenen der Deutschen Angehörige fallen laßt, wie kommt Ihr zulassen, dass nach unserem Sieg es Leute gibt, die verblendet genug sind, zu verlangen, dass die Urheber dieser Verbrechen unbefristet bleiben. Während der kurzen Zeit, in der die Deutschen hier waren, habt Ihr sie die schlimmsten Greuel verüben gesehen. Soldaten haben sich unter euren Augen als Mörder und Brandstifter erwiesen, und deutsche Offiziere haben auf eure Klagen geantwortet: Was wollt Ihr, es ist eben Krieg. Das war aber nicht mehr Krieg, sondern diszipliniertes Barbarentum, eine offizielle Ermordung zu gemeinen Verbrechen. Vor dem Jahre 1914 hat sich die Menschheit bemüht, internationale Gesetze aufzustellen, um den Krieg weniger barbarisch zu gestalten. Man hatte unnütze Grausamkeiten verboten und den kriegführenden Staaten die Innehaltung der menschlichsten Gesetze zur Wahrung der Menschlichkeit aufgelegt. Deutschland hat sich geweigert, diese Vorschriften zu achten. Seine Armeen hat wäh-

rend der Kriegsdauer diese Vorschriften, die von allen zivilisierten Völkern anerkannt worden waren, mißachtet. Es kann uns heute nicht genügen, daß seit der Niederlage Deutschlands eine Anzahl Deutscher diese Methoden verurteilt. Seinerzeit, als diese Mittel angewandt wurden, wurden sie von allen gutgeheißen oder zum wenigsten geduldet. Alle Deutschen tragen daher die Verantwortung für das begangene Unrecht. Sie sollen das uns zugefügte Unrecht auch wieder gutmachen.

(TU) Morgen wird bei der Eröffnung der Session Herr Poincaré wieder in Barleuc, wo er schon im April eine berühmte Rede gehalten hat, eine große politische Ansprache halten, in der er nach dem Ergebnis der Konferenz seine Politik in Bezug auf die Reparationen darlegen wird. Das „Echo de Paris“ und einige andere Blätter kündigen an, daß der Ministerpräsident in dieser Ansprache offiziell erklären werde, daß er an den von ihm in London verlangten Garantien, d. h. der Kontrolle der Gruben und Forsten, unter allen Umständen festhalten werde, und daß Frankreich sich einer Entscheidung der Reparationskommission nicht unterziehen könne, sondern selbständig vorgehen würde.

Die kommende Entscheidung über die politische Zukunft des Memelgebiets.

Von Ernst Same I.

Vorsitzender des Deutsch-Litauischen Heimatbundes e. V. (Sitz Berlin.)

Dann soll endlich auch die Entscheidung über die politische Zukunft des Memelgebietes fallen, nachdem bereits 2½ Jahre nach der Uebnahme durch die Siegerstaaten u. der Beilegung durch die Franzosen vergangen sind. Die Völkerkonferenz hat beschlossen, eine Kommission mit der Ausarbeitung des politischen Status für Memel zu betrauen. Studienkommissionen der Franzosen und Engländer haben das Memelgebiet bereits und Eindrücke gesammelt. Es muß aber gesagt werden, daß die Eindrücke, die die Herrschaften im Memelgebiet gewonnen haben, nur oberflächliche sein können, denn die wahre Meinung der Bevölkerung, die in dem Bundesgebiet gibt, „zurück zu Deutschland, zurück zum Vaterlande“, haben sie nicht erfahren. Das ist ganz natürlich, denn unter dem Druck der französischen Besatzungsbehörde kann eine freie Meinung nicht aufkommen. Die Memelländer, oder vielmehr nur die unter ganz anderen Voraussetzungen und zu ganz anderem Zweck gewählten Vertreter bestimmter Berufsstände, die allein bisher zum Wort gekommen sind, haben vor einem Anschlag an Litauen oder Polen das kleinere Übel gewählt und haben deshalb den Freistaat Memel unter dem Schutze eines Entente-Staates (Nes: Frankreichs) gebildet, letzteres gegenwärtig. Aber auch sie würden, wenn sie es dürften, die Rückkehr zum Deutschen Reiche fordern. Es ist deshalb tief zu bedauern, daß aus Angst vor Repressalien niemand im Memelgebiet es gewagt hat, die Studienkommissionen über die wahren Wünsche der Bevölkerung aufzuklären.

Aus welchem Grunde ist denn überhaupt das Memelgebiet dem Deutschen Reiche gewaltsam entzogen worden, nachdem es seit fast 700 Jahren zu Preußen — Deutschland gehört hat und vorher Niemandem anders gewesen war? Herr Clemenceau erwiderte auf den Protest der deutschen Regierung: „Weil das Memelgebiet immer Litauen gewesen ist.“ Der frühere Minister Graf de Monzie, Mitglied des französischen Senats, erklärte bei seiner kürzlichen Anwesenheit in Memel, daß die Litauen ein einzig und allein des Memeler Hafens wegen geflohen, damit Litauen und Polen einen freien Zugang zum Meere bekämen. In Wirklichkeit ist beides nicht wahr, denn das Memelgebiet hat niemals zu Litauen gehört und den Memeler Hafen hätten sowohl Litauen als Polen jederzeit benutzen können, ohne daß das Memelgebiet deswegen vom Deutschen Reiche losgelöst werden mußte. Der wahre Grund war auch hier allein die Absicht, Deutschland unter allen Umständen zu schädigen und kleiner zu machen. Deshalb wurden die 150.000 Einwohner im Memelgebiet vertrieben. Ob sich solches Unrecht auf die Dauer wird halten können? Wir Memelländer hoffen „nein!“ Ewig läßt sich nicht die Welt betrügen.

Der Völkerkongress hat den Memelländern versprochen, daß sie vor einer Entscheidung über das Memelgebiet gehört werden sollten. Dieses Zugeständnis hat großen Wert, wenn es auch richtig gemeint ist. Ist es dem Völkerkongress wirklich ernst damit und will er die wahre Meinung der Bevölkerung erfahren, dann soll er eine uneingeschränkte geheime Volksabstimmung veranstalten und den Memelländern folgende Fragen vorlegen: Wollt Ihr zurück zu Deutschland? Wollt Ihr einen Freistaat Memelland haben? Oder wollt Ihr Euch an Litauen oder Polen anschließen? Ein solches Verfahren

würde allein dem von der Entente so eifrig verfolgten Selbstbestimmungsrecht der Völker entsprechen, das sich doch einmal durchsetzen muß und durchsetzen wird, auch für die Angehörigen der deutschen Nation. Alles andere ist Komödie! Wir außerhalb unserer Heimat lebenden geborenen Memelländer haben schon immer die Forderung nach dem uneingeschränkten Selbstbestimmungsrecht vertreten, denn wir dürfen noch Gott sei Dank, unsere Meinung frei äußern. Auch die Forderung, daß wir an der Entscheidung über unsere Heimat mitwirken dürfen, wie es den außerhalb Ostpreußens, Ost- und Westpreußens u. a. wohnenden geborenen Ostpreußen, Ost- und Westpreußen gefallt war, haben wir immer wieder erhoben. Wir werden nicht ruhen und rasten bis unser Verlangen erfüllt ist, das wie wir ganz genau wissen, auch das Verlangen der übergroßen Mehrheit unserer mündot gemachten engeren Landsleute daheim ist, und wenn inzwischen noch so viele Entscheidungen des Völkerkongresses ergehen sollten. Wir kennen anders lautende Entscheidungen nicht an!

Die Memeler Handelskammer hat zu Ehren des Grafen de Monzie einen Abend veranstaltet, bei welcher Gelegenheit der Graf ausfuhrte: „Ein großer Seemann und Admiral hat gelegentlich eines Besuches französischer Kriegsschiffe im Memeler Hafen von dem notwendigen die Völker verbindenden Frieden gesprochen. Auf ihn, auf diesen wahren Frieden trinke ich.“ So mußte zu den Memelländern ausgerechnet ein Franzose sprechen, ein Angehöriger jener Nation, die lange nach Kriegszustand noch täglich den Frieden Deutschlands und der ganzen Welt für. Deshalb sollten die Memelländer vorsichtig sein und sich durch Nebenarten der Franzosen nicht täuschen lassen, denn noch niemals ist für Deutsche etwas Gutes aus Frankreich gekommen. Timco Danaos!

Vorläufiger Abschluß der Verhandlungen mit Bayern.

(TU) Die Verhandlungen mit den bayerischen Delegierten wegen der Rückfragen an die Berliner Regierung sind gestern mittag zum Abschluß gekommen. Die beiden Delegierten reisten gestern abend nach München zurück, um das Ergebnis der Besprechungen dem Ministerrat vorzulegen. Ueber den Inhalt des Ergebnisses wird vorläufig noch Stillschweigen bewahrt, wenigstens so lange, bis der Ministerrat dazu Stellung genommen hat. An den gestrigen Verhandlungen nahmen außer dem Reichkanzler auch noch der Reichspräsident und der Reichsinnenminister teil, die aus Hamburg zurückgekehrt sind.

Weis über die Lage Deutschlands.

(TU) Der Vorsitzende der S. P. D. hielt gestern auf dem Parteitag des Bezirksverbandes Brandenburg der S. P. D. einen Vortrag über die Lage Deutschlands. Er betonte, daß die politische Lage des Landes augenblicklich bestimmt werde durch die Reparationsfrage. Die wirtschaftlichen Maßnahmen, welche die Entente gegen Deutschland ergreife, würden sich schließlich aber gegen die Siegerstaaten selbst auswirken. Er kritisierte dann das Verhalten Bayerns im Reiche und forderte die Reichsregierung auf, bei den neuen Verhandlungen keinen Schritt mehr entgegenzunehmen. Sehr scharf setzte er sich mit den Kommunisten auseinander, deren doppelte Haltung er vor und nach dem Rathenau-Mord kennzeichnete. Der Bolschewismus sei zum Untergang verurteilt. Durch seine Taten habe er sich selbst die Existenzberechtigung abgesprochen. Im Anschluß an das beifällige ausgenommene Referat nahm der Parteitag eine Entscheidung an, in welcher die Erwartung ausgedrückt wird, daß das Reich seine weiteren Konzessionen an Bayern mache.

Deutsch-englische Friedenskonferenzen in Berlin.

(TU) Der Gewerkschafts-, der Asabund und die beiden sozialistischen Parteien veranstalteten gestern in Berlin eine deutsch-englische Friedenskonferenz. Nach Begrüßung der Gäste durch den Vorsitzenden der Berliner Gewerkschaftskommission sprach der Engländer Madson. Er betonte, die brutale Gewalt müsse endlich der Herrschaft vernünftiger Gesetze weichen. Es wurde auf die Notwendigkeit der internationalen Solidarität der Arbeiterschaft hingewiesen, die in erster Linie berufen sei, dafür zu sorgen, daß die gegenseitige Verständigung wiedergefunden werde. Nach Schluß der Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, in der der Wunsch nach baldigem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zum Ausdruck gebracht ist.

Protest gegen die polnischen Gebietsansprüche.

Der Gesamtbetriebsrat der Delbrüschschächte protestiert namens der Belegschaft ganz energisch gegen die neuen Forderungen des polnischen

Kommisars wegen Zuteilung der Delbrüschschächte an Polen. Die Grenzkommission werden es nicht wagen können, die überwiegend deutsche Belegschaft mit ihrer Anlage, woran der größte Teil der vertriebenen Flüchtlinge aus Ostpreußen-Oberpreußen den letzten Broterwerb gefunden hat, gegen den Willen der großen Masse an Polen zu verschahren. Die Belegschaft verlange ferner namens der von Polen betrogenen Arbeiter der Gemeinden Kunyendorf und Maloskan den unbedingten Anschluß der beiden Dörfer an die Städte Gindenburg und Gleiwitz, weil die Bevölkerung gezwungen sei, die notdürftigen Lebens- und Bedarfsartikel von dort zu beziehen. Schließlich wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Grenzkommission diesen fälschlichen Protest berücksichtige und dementsprechend entscheide.

Wie die tatsächliche Stimmung unter der Belegschaft ist, das zeigte die am 24. und 27. 7. 1922 stattgefundene Betriebsratswahl. Von 2633 wahlberechtigten Arbeitnehmern übten 1977, also 76,2 Prozent, ihr Stimmrecht aus. Die polnischen Parteien waren nicht in der Lage eine gültige Vorklage aufzustellen, und proklamierten deshalb in den in Frage kommenden Dörfern Wahlenthaltung. Trotzdem stimmten 76,2 Prozent aller Wahlberechtigten für die deutsche Liste.

Teilweise Zurücknahme der Elsässer-Ausweisungen.

(TU) Es verlautet in Paris, daß angesichts der Erregung in der öffentlichen Meinung, die in Elsäß-Verdrängen durch die Ausweisungen der Deutschen entstanden ist, die Regierung beabsichtigt, zahlreiche der vorgenommenen Ausweisungen wieder rückgängig zu machen oder wenigstens abzuschwächen. Die Abschmähung würde vor allen Dingen die Deutschen betreffen, die aus Elsäß-Verdrängen ausgewiesen wurden, die aber Saarländer sind. Die Regierungskommission in Saarbrücken ist zu ihren Gunsten eingeschritten und man hat ihr die Versicherung gegeben, wie verlautet, daß an ihre Person und an ihren Besitz nicht getüht werde. Diese Maßnahmen würden auch auf die Staatsangehörigen der Pfalz und auf alle linken Rheinländer ausgedehnt werden, falls sich solche unter den Ausgewiesenen befinden sollte.

Die steigende Wirtschaftsnot in Oesterreich.

Einige Zahlen zur Kennzeichnung der verheerenden wirtschaftlichen Lage Oesterreichs: es kosten 1 Liter Milch 2250 Kronen, 1 Kilogramm Windfleisch 10.000 Kronen, 1 Kilogramm Kalbfleisch 15.000 Kronen, 1 Kilogramm Schweinefleisch 18.000 Kronen, 1 Kilogramm amerikanisches Schmalz 25.000 Kronen, 1 Kilogramm Hauschmalz 35.000 Kronen. Vom 21. August, also vom heutigen Montag, an kostet 1 Laib Brot 4200 Kronen, der elektrische Strom für Licht 200 statt jetzt 70 Kronen, für Kraft 140 gegen jetzt 50 Kronen. Das Postporto steigt auf das Vierfache der jetzigen Höhe. Dabei fiel Freitag der Kurs der österreichischen Krone in Zürich von 0,007 auf 0,004, d. h. man kauft für 100 österreichische Kronen nur einen halben Schweizerischen Franken. Die Preise werden sich also weiter ins Unermessliche steigern. Die Hausfrauen stehen weihen, um etwas Mehl und Zucker zu bekommen. Der Staat hofft auf die neue Notenbank, deren Gründung sich indessen hinauszieht. In der Erklärung, die über den Ministerrat abgegeben wurde, sieht man allgemein ein Alarmzeichen und hofft, daß es verstanden wird und daß nicht plötzlich durch den Zusammenbruch Oesterreichs die mitteleuropäische Frage in ihrer ganzen Wucht aufgeworfen werden möge.

Tagesereignisse.

— (Lebt Enver Pascha noch?) Die Agentur Sabas meldet aus Bagdad, daß keinerlei Nachrichten aus Turkestan die Meldung bestätigen, wonach ein Waffenstillstand abgeschlossen worden sei. Außerdem wird auch die Nachricht demontiert, daß Enver Pascha gefallen sei. Am 15. August war er noch am Leben und weit von der Gegend entfernt, wo er angeblich den Tod gefunden haben soll.

Kleine Nachrichten.

Der Reichspräsident Ebert stattete Sonntag abend der Stadt Altona einen Besuch ab. Der Korrespondent der „Times“ meldet aus Riga, daß Tschitscherin und Witwinow gegenwärtig mit der deutschen Regierung über einen offiziellen Vertrag verhandeln, welcher alle früheren Verträge ähnlicher Art annullieren würde und dessen Unterzeichnung binnen kurzem bevorstehe.

Gestern abend ist Generalfeldmarschall von Hindenburg in München eingetroffen. Hindenburg wohnt bei dem Regierungspräsidenten Rahr. Zur heute in München stattfindenden großen Ehrung Hindenburgs sind schon massenhaft Leute aus dem ganzen Lande eingetroffen.

Westfalen und Rheinland.

Ramen, 21. August. (Verschiedenes.) Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß für die Anmeldung der Sachverständigen, die innerhalb des Reichsgebietes in der Zeit vom 11. November bis 13. Dezember 1918 durch deutsche Truppen auf dem militärischen Verursacht worden sind, eine Ausschlußfrist von 1 Monat festgelegt ist. Die Frist hat für den Regierungsbezirk Arnsberg mit dem 29. Juli ds. Js. begonnen.

(Der Dollar bis 1215.) Am Devisenmarkt schwankte der Dollar mittags zwischen 1175 und 1140. Holland 44 400, Schweiz 21 800, Paris 9200, Schweden 29 900, London 5125. In den letzten Nachmittagsstunden ist der Dollar bei einer weiteren Aufwärtsbewegung der Devisen und ausländischen Zahlungsmittel bis auf 1215 gestiegen.

Zufolge Kohlenlieferungen schlossen gestern nachmittag die Mehlfabriken in Dehnhausen, Herford und Lippe ihre Betriebe. Das Ruppel'sche Landespräsidium verbot die Einfuhr von Mehl.

(Viehpreise von heute.) Für eine Kuh von etwa 1450 Pfund Gewicht wurden auf dem Gutsamer Viehmarkt 80 000 Mark bezahlt. Vor einigen Jahren konnte man für diese Summe einen großen Bauernhof mit vollem Inventar kaufen. Auf dem Gutsamer Viehmarkt kostete das Pfund Butter 160/170 Mark.

Die neuen Milchpreise für die Stadt Ramen ab 21. August sind festgesetzt worden und werden im Infratenteil dieser Nummer bekanntgegeben. Die Preise sind Höchstpreise, die Ueberschreitung wird mit hohen Strafen bedroht.

Zu einer Schlägerei kam es in der Kantine der Seife-Genossenschaft an der Steinhölde der Seife Grillo. Der Kaufmann Karl Pöschmann jun. von der Vöhrstraße wollte für gekaufte Waren die Gelder einfordern, wobei es zu Differenzen kam. Mehrere Arbeiter drangen auf ihn ein, schlugen mit einer Bierflasche dem P. auf den Kopf und drohten, ihn in die Seife zu werfen. Daß es nicht so weit kam, ist nur der Einsicht verschiedener Kantinebewohner zuzuschreiben. P. mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Das gerichtliche Nachspiel kommt demnächst.

Aus der Fernsprechanlage am Nordentor, die nach Berne führt, wurden in der Samstag-Nacht 48 Kilo Kupferleitung herausgeschlitten. Die Diebe sind mit der wertvollen Ware unerkannt entkommen.

Reisbrot wird jetzt viel von Groß und Klein gesammelt, oft kommt es aber vor, daß die Sammler zu weit gehen und an den zusammengekauften Körnern oder am Kornfeld selbst ihre Sätze füllen. Mittwochabend gegen 10 Uhr traf die Polizei den jugendlichen Arbeiter M. vom Schulenhof mit einem Handwagen, auf dem ein Sack Kartoffeln und ein Sack Mehl lag. Der Junge wollte die Mehren geschickt haben auch die Mutter wollte von Diebstahl nichts wissen. Dagegen war der Polizei berichtet worden, daß die Familie M. mehrfach Kornfelder heimlich. Erst als Mutter und Sohn dem Gericht zugeführt wurden, gab es zu, daß der Vater die Mehren auf einem Kornfeld angefüllt hatte. Der Eigentümer hat den Diebstahl bisher bei der Polizei noch nicht gemeldet.

Enteubhaber wurden am Mittwochabend von der Polizei gestellt, die zwei Enten bei sich führten, die sie dem Gutsbesitzer Pösch in Berne entwendet hatten. Es handelt sich um die jugendlichen Arbeiter A. und B. aus den neuen Siedlungen.

Weddinghofen, 21. August. Zwei wertvolle Dreiräder wurden in der Freitag-Nacht aus der Ringorenzgelei Wilhelm Pottkopf gestohlen. Die Räder waren 8 und 12 Meter lang und repräsentieren bei den heutigen hohen Lederpreisen einen großen Wert.

Unna, 19. Aug. Für 13 000 Mark Wäschehüte gekloppt wurden mittels Einbruch eines hiesigen Kaufmanns in der Wasserstraße. Die Täter überstiegen die Mauer eines benachbarten Guts, legten eine mitgebrachte Leiter an das Kiofenfenster, das sie gewaltsam öffneten. Vom Kiofen aus gelangten die Einbrecher in das Warenlager, wo sie den Diebstahl ausführten. Die Leiter und ein Teil wurden später am Tatort noch vorgefunden.

Dortmund, 19. Aug. (Vermißt.) Seit dem 17. August ist die in der Wetterstraße wohnende 10jährige Rache Tormann vermisst worden. Das Kind war bei Verwandten auf der Westfalenburg gewesen, von wo es am 17. 5/6 Uhr durch das Burgholz den Rückweg antrat. Es ist aber nicht zu Hause angekommen. Man vermutet ein Verbrechen.

Witbrände, 19. Aug. Ueberfahren wurde ein 10jähriges Kind, als es kurz vor dem 4.40 Uhr nachmittags hier einlaufenden Personenzug den Uebergang am Bahnhof überschreiten wollte. Das Kind wurde sofort getötet. Die bedauernswerte Mutter des verunglückten Kindes saß im Zuge.

(Su) Bochum, 19. Aug. (2-Milliarden-Ausstellung.) Die hier in den Tagen des 12. bis 15. August aus Anlaß des Verbandstages des Westfälisch-Stippischen Uhrmacher- und Goldschmiedeverbandes veranstaltete Fachmesse schloß mit einem sehr günstigen Resultat ab. Der Wert der ausgestellten Waren belief sich auf 2 Milliarden Mark. Die getätigten Abschlüsse übersteigen diese Zahl.

Weitere Nachrichten. — Großfeuer in Berlin. Aus bisher unausgeklärter Ursache brach gestern vormittag in der Benzin- und Delgroßhandlung Hesselberg und Klingword in der Heldestraße 21 nach vorausgegangener Explosion ein Großfeuer aus, dem ungeheure Mengen von Benzin- und Delmaterialien zum Opfer fielen. Der Schaden geht in die Millionen. Es ist anzunehmen, daß Brandstiftung vorliegt.

— Eisberge in Bewegung. Der spanische Dampfer „Antonio“ hat auf seinem Wege nach England nicht weniger als 90 Eisberge angebrochen.

Kleine Nachrichten.

Saut Morgenblätter veranstalteten die Kommunisten gestern 8 Protestversammlungen gegen das Verbot der roten Fahne, die alle ruhig verließen.

Unkluglich der Begrüßung Hindenburgs in München am 21. 8. soll von sämtlichen bayerischen Offiziersvereinen eine Parade veranstaltet werden. Der bayerischen Reichswehr wurde durch ein Telegramm des Reichswehrministeriums die Beteiligung an der Parade untersagt.

Infolge eines wilden Streiks im Hirschberger Holzgewerbe wurde die Aussperrung der Arbeiter in allen Holzgewerblichen Betrieben der Provinz Schießen beschloffen.

Der „Miesbacher Anzeiger“ ist von der bayerischen Regierung auf Grund der Verordnung vom 24. Juli auf 10 Tage verboten worden und zwar wegen Abdruckes eines Aufsatzes, der zu Kundgebungen wegen des angeblichen Unfalls der bayerischen Regierung in dem Konflikt mit dem Reich auffordert.

Wegen Beteiligung am letzten Generalkrieg entließ die italienische Regierung 60 Telegraphenbeamte und 3 Eisenbahner und strich 50 000 Eisenbahner die Gehaltssteigerung.

Das Staatsdepartement genehmigte ein Gesetz der Westfälischen Union Telegraphen-Compagnie um Konzession für Leitung eines Kabels nach Deutschland über die Azoren.

Die Villa, die Napoleon auf der Insel Elba bewohnt hatte, ist niedergebrannt.

Das südwestliche Eisenbahnministerium hat aus Paris die Mitteilung erhalten, daß es auf Rechnung der deutschen Entschädigung weitere 500 gedeckelte Güterwagen erhalten, deren Lieferung der Firma Krupp übertragen wurde.

Im Silbertrauze.

Ramen, 21. Aug. Am heutigen Tage feiern die Eheleute Postassistent Karl Boh und Frau, Luise geb. Niehm, das schöne Fest ihrer silbernen Hochzeit. Möge es dem Alltagsgedächtnis und beständigem Glückpaar vergönnt sein, auch in gleicher Weise das goldene Hochzeit zu begehen.

Briefkasten.

Väter, Ramen. Unsere Schuld ist es nicht, wenn die Bekanntmachung über die neuen Höchstpreise für Brot erst heute in der „Ramenen Zeitung“ veröffentlicht wird. Wir erhielten die Bekanntmachung erst gestern, Sonntag morgen vom Landratsamt zugefandt. Der Brief trägt den Abgangsstempel Hamm, 19. 8. 22, 6-7 nachm.

Wie soll die Nahrung des Kindes sein? 1. Nährtrakt! 2. Unbedingt verdaut! 3. Wohlgeschmeckt! Eine Vereinfachung und Verbilligung dieser drei Vorzüge bietet Nestlé's Kindermehl. Es enthält die Milch feinsten Alpenkühe und alle zum Wachstum des Säuglings erforderlichen Nährstoffe. Illustrierte Broschüre über die Pflege des Kindes kostenlos erhältlich durch „Nestlé“-Gesellschaft, m. b. H., Berlin W 57.

Bekanntmachung.

betreffend Höchstpreise für Brot.

Auf Grund des § 35 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 4. Juli 1922 — Reichsgesetzblatt S. 537/549 — werden in Abänderung unserer Bekanntmachung vom 10. August 1922 für den Verkauf von rationierten Backwaren im Stadt- und Landkreise Hamm (Westf.) folgende Höchstpreise festgesetzt:

für ein sechspfündiges angehöbes Graubrot 47,30 M.

für ein dreipfündiges angehöbes Graubrot 23,70 "

für ein sechspfündiges freigeschöbes Brot (Kaffeler Brot und Bauernbrot) 47,50 "

für ein dreipfündiges freigeschöbes Brot (Kaffeler Brot und Bauernbrot) 23,80 "

für ein Pfund Grau- oder Kaffeler Brot im Anschnitt einschl. Verpackung 8,10 "

für ein sechspfündiges Schwarzbrot 47,30 "

für ein dreipfündiges Schwarzbrot 23,70 "

für ein Pfund Schwarzbrot im Anschnitt einschl. Verpackung 8,10 "

Diese Höchstpreise treten mit dem 21. Aug. 1922 in Kraft.

Wer die Höchstpreise überschreitet, wird nach § 49 des vorstehend genannten Gesetzes mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 500 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Hamm (Westf.), den 18. August 1922.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses, J. B. Westhoff, Regierungsdassessor.

Der Magistrat: Reinberger, Bürgermeister.

Gebrauchte 2400

Stajchen

zu konkurrenzlosen Preisen kauft und holt ab

W. Rümpfer,

Weinhandlung.

Telephon 39.

Mitesser

im Geschäft u. am Körper beliebt, reich an Nährstoffen, Zucker, Patent-Medizinale-Säfte, nach jeder Behandlung, Zucker-Creme nachbehandeln. • • • • • Wirkung von Zuckern be- • • • • • stätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- und Feinwarengeschäften erhältlich.

In Ramen in der Germania-Drogerie bei Herrn Jakob, Billale: Berglanten und Ecken-Drogerie.

W. Klinkmann, Ramen

Kartoffeln!

Wir möchten unsere werte Kundschaft bitten, uns schon jetzt die im Herbst und Frühjahr gewünschten Kartoffeln (Saat- oder Speiseware) aufzugeben, damit rechtzeitige Eindeckung möglich und pünktliche Lieferung erfolgen kann.

Bestellungen und Anfragen:

Hauptbüro Unna,

Viktoriastraße, Telef. 204, 227 Unna

Verkaufsstellen:

Sölde: Wilh. Kersting, Tel. Wiedede-
Wien 188.

Herringen: Wilh. Denninghaus.

Berolamen: Friedrich Roepke.

Maffen: Heinrich Koert, Telephon 618
Unna.

Heeren: Emil Voigt, Telef. 519 Unna.

Stittunen: Heinrich Mittrop, Telephon
Rhybern 103.

Bausenhausen: Erik Schlinder.

Bestellungen

auf

Herbstkartoffeln

sowie auf sämtliche

Saatkartoffeln

nimmt entgegen 3122

Max Felske,

Bahnhofstr. 23. Telephon 265.

Den Bewohnern

von Weddinghofen

zur gest. Kenntnis, daß ich von heute ab

keine Privatschlachtungen

mehr annehme.

Karl Reff.

Maurer

gesucht.

Wilh. Neuhaus,

Maurermeister,

Overberge.

Nagel

alter erfahrener Fachmann, ist wieder in Ramen und Umgeb. und vertilgt radikal unt. schriftlicher Garantie Matten, Mäuse und sämtl. Ungeziefer.

Bestellungen erbitte man in der Geschäftsstelle der Ramener Zeitung abzugeben. 3126

Rammerjäger und

Rattenfänger

Wietbüchter

Neigungsfaktor zur Zielung, unglaublich viele auch ohne Iren Auslauf empfindet.

Aug. Völkel, Ramen, Weststrasse Nr. 4.

Willy Klinkmann, Drogen, Weststrasse Nr. 1.

Joh. Schulte, Karf.

Anzeigen aller Art inseriert man erfolgreich in der

Ramener Zeitung.

Kleinhandelspreis für Vollmilch.

Nachdem zwischen Erzeugern und Verbraucher am 10. 1922 auf dem Oberpräsidium in Münster der Milchpreis ab Stall auf 10 und die Molkereipanne 1.75 Mk. vereinbart ist, werden für den Stadt

Ramen ab 21. August 1922 folgende für ein Liter Vollmilch festgelegt:

Erzeugerpreis 10.00 Mk.

Kleinhandelspreis 13.75 Mk.

Vorstehende Preise gelten als Höchstpreise im Sinne der Verordnung gegen Preissteigerungen vom 8. Mai 1918 (M. G. Bl. S. 395).

Die Ueberschreitung der Höchstpreise durch die vorerwähnte Verordnung mit fängnis und mit Geldstrafe bis zu 200 000 bedroht.

Ramen, den 19. August 1922.

Der Magistrat: Siegle

Öffentliche Stenermahnung

Die am 16. d. Mts. fälligen Steuern pp. sind, soweit sie

vordenen, in unserer Bekanntmachung vom 5. ds. Mts. näher bezeichnet

Steuern pp. sind, soweit sie

über diesen Zeitpunkt hinaus gestundet sind, mehr nebst den aus dem nachstehenden Tarif er

lichen Mahngebühren spätestens bis zum 25. Mts. an die Stadtkasse zu entrichten. Vom 1. den Tage ab werden die Rückstände im Wege Zwangsvollstreckung eingezogen werden.

Eine Behandlung von Mahnzetteln findet statt. Bei Zufendung auf bargeldlosem Wege durch die Post muß der Betrag spätestens an den obengenannten Tage der Kasse portofrei angeliefert sein. Die Ueberweisung muß vorher in der

spätestens 2 Tage vorher erfolgen.

Für alle bis zur Bekanntmachung dieser Mahnung in der Ramener Zeitung noch nicht zahlten Steuern pp. Beträge ist, sofern diese nicht

hundert war, eine Mahngebühr zu entrichten. Die trägt bei Beträgen

bis 50 M. 0,20 "

von mehr als 50 M. 0,40 "

" " 200 M. 0,60 "

" " 500 M. 0,80 "

für jede weiteren angefallenen oder vollen 1000 je 0,60 M.

Ramen, den 18. Aug. 1922.

Die Stadtkasse als Vollstreckungsbehörde

Vortermoyer.

Auf Grund des §§ 1 Abs. 2 und 342 des Preussischen Wassergesetzes vom 7. 1913 — G. S. S. 53 —

gen wir hiermit den Schlußtermin für die diesjährige Reinigung der im Stadtb

Ramen vorhandenen Bäche und Gräben, für die Wiederanbesserung der etwa eingestiegenen Durchlässe auf den 15. September ds. Js. mit den Bemerkungen, daß nach dieser Frist die Reinigung und Ausräumung pp. auf Kosten der Säumigen durch einen Dritten im polli

lichen Zwangswege bewirkt werden wird.

Ramen, den 15. August 1922.

Die Wasserpolizeibehörde:

63120 gen. Dr. Wiesner.

Ausschreibung von Stuckarbeiten.

Die Stuckarbeiten der Erweiterungsbau

der Geistshule in Wiefershöfen, der kath. Volkshule in Herringen, des Schulneubaus in Bönen, der Amts

zweigstelle in Berglanten, des 2. Bierfamilienneubaus und der Friedhofshalle in Berglanten

sollen vergeben werden. Kostenanschlag und Bedingungen liegen auf dem hiesigen Bauamt vormittags zur Einsichtnahme aus, wofür Kostenanschlagsabschriften zum Selbstkosten entnommen werden können. Angebote werden

bis zum 28. ds. Mts. erbeten. Es können nur solche Angebote berücksichtigt werden, deren Einheitspreise an Hand beizufügender Gliederungsliste geprüft werden können.

Bellum, den 18. August 1922.

Bauamt des Amtes Bellum.

Rammerjäger und

Rattenfänger

Wietbüchter

Neigungsfaktor zur Zielung, unglaublich viele auch ohne Iren Auslauf empfindet.

